

Sicherheit, Militär und Geschlecht

Einleitung

JANA GÜNTHER. EVA MARIA HINTERHUBER. ANTONIA SCHMID

„Vorwärts in die Vergangenheit?“ lautete 2019 der Titel des Friedensgutachtens (BICC et al 2019). Und in der Tat geraten lange als sicher erachtete Gewissheiten ins Wanken, „Errungenschaften der multilateralen Kooperation, die das friedliche Zusammenleben weltweit sichern halfen, werden Stück für Stück über Bord geworfen“ (ebd., 5). Gewalttätig ausgetragene Konflikte werden von Jahr zu Jahr häufiger (ebd., 8), mehr noch, die „nukleare Weltordnung (befindet sich) in der Krise“ (ebd., 25). Die Zahl der Menschen auf der Flucht hat ein historisches Hoch erreicht. Die aktuellen Schätzungen des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) belaufen sich auf über 82 Millionen Betroffene weltweit (UNHCR 2019, 30). Gleichzeitig missachtet die gegenwärtige Migrationspolitik Menschenrechte grundlegend, und Rüstungsexporte auch in Krisengebiete nehmen weiter zu. Die Vereinten Nationen sind angesichts der aktuellen Konfliktkonstellationen und aufgrund des politischen Kurswandels nicht zuletzt der USA in ihrer Rolle als Weltordnerin geschwächt (BICC et al. 2019, 11). Auf nationaler Ebene wird der Ruf nach dem ‚starken Mann‘ lauter, Rechtspopulismus und Autoritarismus sind auf dem Vormarsch (Wilde/Meyer 2018, 9ff.) und untergraben im Schulterschluss mit der neoliberalen Wirtschaftsordnung die Ideale der liberalen Demokratie wie Gleichberechtigung und allgemeine Menschenrechte. Alte Postulate, die angesichts steigender Konfliktzahlen seit Ende des Kalten Krieges faktisch längst widerlegt sind, werden reaktiviert – wie z.B. die Annahme einer Korrelation zwischen der Größe des nationalen Verteidigungsapparats mit dem Grad an Sicherheit und Frieden (Standke-Erdmann/Scheyer 2019).

Feministische Perspektiven auf Sicherheit und Militär sind vor diesem Hintergrund eine Notwendigkeit, fordern sie doch die Grundkonstanten des globalen Systems „organisierter Friedlosigkeit“ (Senghaas 1969) heraus. Sie sind im besten Sinne „subversiv“ (Shepherd 2016, 263), da sie auf eine Änderung der vorherrschenden Sicherheits- und politischen Weltordnung abzielen, die in Vergangenheit und Gegenwart Leid und Tod von Millionen Menschen hervorgebracht und angesichts des nuklearen Wettrüstens gleich mehrfach das Potenzial hat, die Menschheit als ganze auszulöschen. Geschlecht als Analysekategorie in den Fokus zu nehmen ist eine immanent feministische Unternehmung, da damit gleichzeitig die Hierarchisierungen

und Konventionalisierungen in Bezug auf Gender ins Licht geraten, die strukturell wie auf Mikroebene die Freiheit von Individuen einschränken, ihre Sicherheit gefährden und so die Einlösung der Versprechen liberaler Demokratien verhindern. Sicherheit, Militär und Krieg sind dabei aus feministischer Perspektive jeweils ambivalente Forschungs- und Politikfelder, in denen ‚unschuldige Positionen‘ unmöglich sind. So hat Donna Haraway in ihrem wegweisenden „Cyborg Manifesto“ (1984, hier Haraway 1995, 44) vergeschlechtlichte Dichotomien in Bezug auf Sicherheitstechnologien zurückgewiesen und die aktive Verstrickung von Frauen* in militärisch-industrielle Technologien und Komplexe gefordert (ebd., 59): „Die Dichotomien von Geist und Körper, Tier und Mensch, Organismus und Maschine, öffentlich und privat, Natur und Kultur, Männer und Frauen, primitiv und zivilisiert sind seit langem ausgehöhlt“ (ebd., 51). Das gilt einerseits auch für Sicherheit, Militär und Krieg. Andererseits sind binäre und materiell sehr wirkmächtige Konstruktionen in diesen Feldern besonders ausgeprägt und persistent. Geschlecht wird im Zusammenhang mit nationalstaatlich verfassten Makrostrukturen spezifisch nutzbar (Yuval-Davis 2001); ‚Frauen‘ und ‚Männern‘ werden in politischen Gemeinschaften nicht nur verschiedene Rollen zugewiesen, sondern die normativen Grundsätze politischer Gemeinschaften werden gerade in Bezug auf die Sicherung und Verteidigung ihrer – auch ideellen – Grenzen evident. Dazu gehört seit Anfang des 20. Jahrhunderts auch die Partizipation von Frauen* an diesen militärischen Aufgaben. Eine Bewertung etwa der Öffnung aller Laufbahnen in der Bundeswehr für Frauen* aus feministischer Perspektive fiele beispielweise je nach Schwerpunktsetzung sehr heterogen aus: Als aktiven Staatsbürgerinnen dürfte ihnen der Dienst an der Waffe nicht verwehrt werden (vgl. Yuval Davis 2001, 154); die Erfahrung von Gleichheit und Kameradschaft innerhalb des Soziotops Militär kann Geschlecht wie auch religiöse, kulturelle oder ethnische Herkunft transzendieren. Gleichzeitig existiert traditionell eine feministische Debatte über den Zusammenhang zwischen „feministischem Aktivismus und Friedensaktivismus“ (ebd., 156), die differenztheoretisch weiblich konnotiertes politisches Handeln gegenüber als männlich und ‚destruktiv‘ identifizierten Strategien aufwertet. Aus dieser Sicht ist die Teilhabe an vormals Männern vorbehaltenen Aufgaben und Privilegien wie dem Militärdienst nicht emanzipatorisch; stattdessen müssten „Frauenbereiche“ ihnen gegenüber aufgewertet werden.

Angesichts der Gleichzeitigkeit und der Spannung zwischen den beschriebenen weltweiten Zuspitzungen einerseits und den hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit durchaus fortschreitenden progressiven Tendenzen andererseits ebenso wie mit Blick auf die Heterogenität feministischer Ansätze zum Thema ist der blinde Fleck, den die Querschnittskategorie Geschlecht in Standardwerken zu Krieg und Sicherheit einnimmt, immer noch frappierend – obwohl die Bedeutung, die Gründe und die Folgen von Krieg ohne eine Bezugnahme auf Geschlecht nicht verstanden werden können: Geschlecht als Analysekategorie verändert seine Erforschung (Sjoberg 2013, zit. n. Sjoberg 2016, 199) ebenso wie die von Sicherheit.